Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11601**

18. Wahlperiode 22.03.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Nicole Maisch, Harald Ebner, Sven-Christian Kindler, Matthias Gastel, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Stephan Kühn (Dresden), Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einrichtung eines Bundesprogramms „Zugang zu Land – Chancen für neue Betriebe ermöglichen“

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Situation am landwirtschaftlichen Bodenmarkt ist von einer Preissteigerung ungekannten Ausmaßes gekennzeichnet. Die Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen haben sich in den letzten zehn Jahren im bundesweiten Durchschnitt verdoppelt, in den neuen Bundesländern verdreifacht. Auch Pachtpreise steigen in ungeahnte Höhen. Allein von 2010 bis 2013 sind die Preise für Neuverpachtungen in Deutschland im Durchschnitt um 32 Prozent gestiegen. In Veredelungsgebieten und im Einzugsgebiet von Biogasanlagen werden Pachtpreise weit jenseits einer normalen wirtschaftlichen Rentabilität von kleinen und mittleren bäuerlichen und biologisch wirtschaftende Betriebe aufgerufen.

Diese Entwicklung bedroht in vielen Regionen eine wirtschaftliche Erzeugung von kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben. Dazu kommt die Aktivität von außerlandwirtschaftlichen Investoren, die Flächen und Betriebe aufkaufen. Boden ist zu einem Spekulationsobjekt geworden. Das gefährdet eine gesunde Bodenverteilung und ausgewogene Agrarstruktur. Jüngstes Beispiel dieses Ausverkaufes war der Verkauf von 2263 ha Land der KTG an die Münchner Rück in Brandenburg durch eine dubiose Umgehung des Bodenverkehrsrechts. Aber auch in den alten Bundesländern hat die Übernahme gerade von Veredelungs- oder Milchbetrieben in der Krise durch außerlandwirtschaftliche Investoren sehr zu genommen. 5,6 Prozent aller Milchbetriebe und fünf Prozent aller schweinehaltenden Betriebe haben allein im vergangenen Jahr aufgrund des Strukturwandels und der Krise in der Landwirtschaft aufgeben müssen.

Die Folge ist das Wegbrechen der bäuerlichen Landwirtschaft in Deutschland, eine Konzentrierung von Land in immer weniger Betrieben und der Verlust einer ausgewogenen Agrarstruktur. Übrig bleibt eine ausgeräumte Agrarlandschaft im menschenleeren Raum. Gleichzeitig ist das Interesse an der Übernahme und Übergabe eines landwirtschaftlichen Betriebes im Rahmen einer außerfamiliären Betriebsnachfolge an Existenzgründerinnen und Existenzgründer groß. Die fehlende Verfügbarkeit von Land und der hohe Kapitaleinsatz bei Betriebsgründungen stellen hohe Barrieren für Existenzgründerinnen und Existenzgründer dar.

Es ist Aufgabe der Politik, dem weiteren Verlust kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe entgegenzuwirken und Betriebsneugründungen zu fördern. Dafür ist es notwendig, die Bedingungen und Chancen für Betriebsneugründungen und außerfamiliäre Betriebsnachfolge zu verbessern. Der Zugang zu Land ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Wir brauchen institutionelle Verbesserungen und Fördermöglichkeiten, um den Zugang zu Land und die Begleitung von Betriebsneugründungen zu verbessern und müssen die Bildung von Kompetenznetzwerken aus staatlichen und privaten Akteuren vorantreiben.

Andere europäische Länder, wie Frankreich gehen andere Wege: sie begrenzen bereits jetzt Pacht- und Kaufpreise in einem festgelegten Korridor und unterstützen Betriebsneugründungen durch Information und Beratung sowie durch eine institutionelle Vernetzung und Bereitstellung von Kapazitäten in sehr viel stärkerem Maß als Deutschland. Von diesen Erfahrungen kann Deutschland lernen. Auch wenn eine Bodenmarktregulierung wie in Frankreich auf Deutschland nicht eins zu eins übertragbar ist, können wir den institutionellen Rahmen stärken. In den vergangenen Jahren haben sich auch in Deutschland verschiedene private Akteure gebildet, die durch eine gemeinwesenorientierte, institutionelle Trägerschaft von Land den Zugang zu Land für Betriebsneugründungen ermöglichen. Ansätze wie diese zur Verbesserung des Zugangs zu Land und zur Bildung eines Kompetenznetzwerkes sollen durch ein Bundesprogramm „Zugang zu Land – Chancen für neue Betriebe ermöglichen“ gefördert und weiterentwickelt werden

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein Bundesprogramm „Zugang zu Land – Chancen für neue Betriebe ermöglichen“ als Förderprogramm einzurichten, um Beratung und Coaching für Betriebsneugründer und Betriebsabgebende auszubauen, die außerfamiliäre Hofnachnachfolge besser zu unterstützen sowie alternative Ansätze für den Zugang zu Land zu stärken und dafür im Bundeshaushalt 5 Mio. bereitzustellen.

Im Rahmen dieses Bundesprogramms sollen

- Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu Land für Betriebsneugründungen,
- Maßnahmen zur Förderung der außerfamiliären Hofnachfolge,
- Maßnahmen zur Bekanntmachung alternativer Finanzierungsmodelle wie Genossenschaftsansätze oder Ansätze der solidarischen Landwirtschaft,
- Maßnahmen zur Vernetzung und zur Bildung eines Kompetenznetzwerkes „Zugang zu Land“ zwischen Institutionen, Verbänden, NGOs und anderen privaten Akteuren,
- Maßnahmen zur Information, Beratung und Coaching bei Betriebsneugründung und Betriebsabgabe,
- Maßnahmen zur Unterstützung von Betrieben, z.B. durch Betriebspatenschaften,
- Maßnahmen zur Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit oder der Kontaktvermittlung,

- Maßnahmen zur Verbesserung der Datengrundlage zur Betriebsnachfolge und Betriebsneugründung sowie

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

- der Aufbau eines Demonstrationsbetriebsnetzwerks von best practice Beispielen

gefördert werden.

Berlin, den 21. März 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.